

ANGRIFFE AUF BAU-GEWERKSCHAFT

VERHAFTUNGEN UND BESCHLAGNAHMUNGEN

Seit Monaten steht SUNTRACS, die Gewerkschaft der Bauarbeiter Panamas, an der Spitze des Widerstandes gegen eine Renten“reform“ der Regierung, die zu massiven Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen führt.

Mehrere Wochen lang streikte die Gewerkschaft gemeinsam mit Lehrer*innen und Bananenarbeiter*innen für die Verteidigung ihrer Altersversorgung. Dann schlug die Regierung zurück. Am 21. Mai besetzte Polizei in Kampfausrüstung das Büro von SUNTRACS. Jaime Caballero, leitendes Mitglied der Gewerkschaft, wurde wie eine Reihe weiterer Funktionäre unter fadenscheinigen Vorwänden verhaftet und in ein Hochsicherheitsgefängnis gebracht. Zur Zeit befindet er sich unter Hausarrest.

Der Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI), Saul Mendez, sah sich gezwungen, ins Ausland zu fliehen und dort um Asyl nachzusuchen. Zu den Mitgliedsorganisationen der BHI gehört auch die IG Metall.

Mittlerweile sind die Konten von SUNTRACS beschlagnahmt. Die Rechtsfähigkeit wurde ihr abgesprochen. Das kommt einem Verbot der Arbeitnehmerorganisation gleich.

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG RUFT ZUR SOLIDARITÄT AUF

Zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der International Union of Foodworkers und Public Services International ruft die Bau- und Holzarbeiterinternationale zu weltweiter Solidarität auf. Der IGB verurteilt die Kriminalisierung von Protesten, die willkürlichen Verhaftungen von Gewerkschaftsführern und die alarmierende Eskalation der Repression. Weiter heißt es in einer Stellungnahme: „Der Angriff auf gewerkschaftliche Einrichtungen und die Verhaftung von Gewerkschaftsführern stellen eine flagrante Verletzung der Grundprinzipien der

Vereinigungsfreiheit, des Rechts auf friedliche Demonstration und der Demokratie dar, die in der von Panama ratifizierten Konvention 87 der Internationalen Arbeitsorganisation verankert sind.“

Zur Unterstützung unserer Kolleg*innen entsandte die internationale Gewerkschaftsbewegung Ende Juli eine Delegation nach Panama. Federico Davila, stellvertretender Generalsekretär von Public Services International und Teilnehmer an der Delegation erklärte: „Wir stehen vor einer Politik, die von einer Finanzoligarchie vorangetrieben wird (...) und in den Gewerkschaften das letzte Hindernis für ihre Machtinteressen sieht.“

SCHLIESST EUCH DER SOLIDARITÄT MIT DEN BAUARBEITERN VON PANAMA AN!

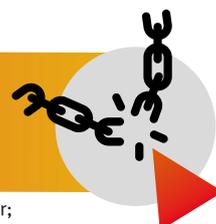
Unterschreibt die **Online-Petition des Internationalen Gewerkschaftsbundes:**

<https://petitions.ituc-csi.org/suntracs-en>



Foto © BWJNT
Die Internationale Solidaritäts-Delegation in Panama

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





GEWERKSCHAFTSARBEIT IST IMMER AUCH TRANSNATIONAL

VON JÜRGEN KERNER



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke allen, die zum 1. Mai 2025 mit unseren Postkartenaktionen Sharifeh Mohammadi, im Iran zum zweiten Mal zum Tod verurteilt, und den in Belarus eingekerkerten Aliaksandr Yarashuk, Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften von Belarus und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, unterstützten. Wir müssen weiter an ihrer Seite stehen! Das Regime im Iran hält am Todesurteil gegen Sharifeh fest, Aliaksandr muss tagtäglich die üblen Haftbedingungen in Belarus aushalten. Wir werden sie nicht vergessen, wir werden die Regime mit ihren eigenen Verbrechen konfrontieren und diese zusammen mit Amnesty International ins Licht der Öffentlichkeit stellen. **Ich bitte Euch: Werbt für unsere Aktionen für Sharifeh und Aliaksandr!**

Wir erleben gerade, wie Regierungen in nicht wenigen Ländern die Demokratie demolieren. Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte werden oft zuerst angegriffen. In Argentinien zerstört Präsident Milei das Streikrecht, in Panama wird die Bauarbeitergewerkschaft verfolgt, in Indien setzte die Regierung arbeiterfeindliche Bestimmungen durch. 250 Millionen haben dagegen protestiert.

Gewerkschaftsarbeit ist grundsätzlich transnational. Wir kämpfen konkret für die Zukunft unserer Mitglieder. Und wir nehmen es nicht hin, wenn Gewerkschafter*innen in anderen Ländern verfolgt werden. Das ist nicht nur die Verantwortung der internationalen Gewerkschaftsbünde, das geht uns alle an!

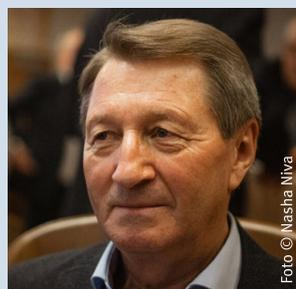
Euer Jürgen Kerner

**WIR SETZEN UNSER ENGAGEMENT FÜR
SHARIFEH UND ALIAKSANDR FORT!**

**BETEILIGT EUCH AN DER BRIEF-AKTION
FÜR SHARIFEH AUF SEITE 5
UND AN DER PETITION FÜR ALIAKSANDR!**

WEITERES MATERIAL ZUM DOWNLOAD:

<https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/>

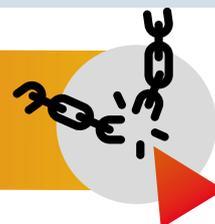


Aliaksandr Yarashuk



Sharifeh Mohammadi

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





DRAKONISCHE URTEILE GEGEN GEWERKSCHAFTER

STAATLICH GEFÄLSCHTE ANKLAGEN GEGEN KURIERFAHRER

Weltweit arbeiten sogenannte Clickworker und Plattformarbeiter zu Hungerlöhnen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Zu ihnen gehört die große Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die von Lieferdiensten als Kurier beschäftigt werden. Wo sie um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, sind sie oft mit Repression konfrontiert. Besonders hart sind Kollegen in Aserbaidschan von staatlicher Unterdrückung betroffen. Dort wurde Afiaddin Mammadov am 14. Januar 2025 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Mammadov ist der Vorsitzende der Gewerkschaft „Labor Desk Confederation of Trade Unions“, die sich besonders für die Rechte der prekär Beschäftigten im Dienstleistungssektor einsetzt.



Afiaddin Mammadov

Elvin Mustafayev, Vorsitzender der Gewerkschaft der Kurier im Dachverband DESK und die DESK-Vorstandsmitglieder Ayxan Israfilov und Mohyaddin Orujov wurden zu jeweils drei Jahren verurteilt.

Alle Urteile ergingen nach offensichtlich politisch motivierten fingierten Anklagen wegen Drogenhandel bzw. Rowdytum und Körperverletzung. Denn sie stehen im Zusammenhang mit den Protesten, die die vier Kollegen gegen ein Gesetz organisierten, das zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Kurierfahrer führte.

DESK schreibt: „Der aserbaidsschanische Staat, der von einem autoritären Regime regiert wird, (...) hat sich brutale Formen neoliberaler Ausbeutung zu Eigen gemacht, bei denen die Arbeiter prekären Bedingungen, Hungerlöhnen und einer völligen Missachtung ihrer Rechte ausgesetzt sind. Jeder Versuch, sich unabhängig zu organisieren, (...) wird rücksichtslos unterdrückt.“

In der Haft sind die Kollegen schwersten Bedingungen ausgesetzt. Gegen Mustafayev wurde sogar ein Mordanschlag verübt. Er wurde von 15 Personen fast zu Tode geprügelt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat von der Regierung Aserbaidschans die sofortige Freilassung der vier Kollegen gefordert. DESK ruft dazu auf, in den sozialen Medien unter den Hashtags **#FreeAfiaddin**, **#FreeAykhan**, **#FreeMohyaddin**, **#FreeElvin** Solidarität zu bekunden.

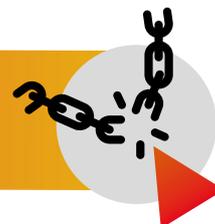
WEITERE INFORMATIONEN:

[Offener Brief des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC an den Präsidenten der Republik Aserbaidschan](#)

[Solidaritätserklärung der Labor Desk Confederation in Aserbaidschan](#)

MENSCHENRECHTE IN ASERBAIDSCHAN

Amnesty International berichtet in ihrem Menschenrechtsreport 2024/25 über willkürliche Einschränkungen für Nichtregierungsorganisationen in Aserbaidschan. Vorwürfe über weitverbreitete Misshandlungen und Folter durch die Polizei würden von der Regierung ignoriert. Menschenrechtsgruppen gehen von hundert Personen aus, die wegen politisch motivierter Anschuldigungen im Gefängnis sitzen. Im Vorfeld der letztjährigen Weltklimakonferenz in Baku hatte es eine Verhaftungswelle gegeben.



ARGENTINIEN

ZWEITER VERSUCH ZUR ZERSTÖRUNG DES STREIKRECHTS

MINDESTDIENSTLEISTUNGEN VON 75 PROZENT VORGESCHRIEBEN

Per Dekret hat der argentinische Präsident Milei einen zweiten Versuch gestartet, die Gewerkschaften zu Mindestdienstleistungen im Streikfall zu zwingen. Der erste Versuch war im letzten Jahr vor Gericht gescheitert. In weiten Teilen der Wirtschaft müssen jetzt bei Arbeitskämpfen von den Gewerkschaften 75 Prozent der Dienste garantiert werden. Dazu gehören das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, der Luft- und Seeverkehr, die Kinderbetreuung, die Produktion von Brennstoffen und die gesamte Telekommunikation. Im Transportwesen, im Bergbau, in

der Landwirtschaft, der Gastronomie, im Bankwesen und in allen mit dem Export zusammenhängenden Tätigkeiten dürfen Streiks nicht mehr als 50 Prozent der Arbeiten betreffen. Eine fünfköpfige Kommission soll die Gewerkschaften in weiteren Wirtschaftszweigen zu Mindestdienstleistungen zwingen können. Damit steht das Streikrecht in Argentinien nur noch auf dem Papier. Der größte argentinische Gewerkschaftsbund CGT hat gegen den Versuch der Regierung, „das Recht auf Streik mit einem Federstreich zu unterdrücken“, Widerstand angekündigt.

WEITERE INFORMATIONEN ZUM STREIKRECHT:

<https://www.ituc-csi.org/under-neoliberal-fire-the-right-to?lang=en>

ÄTHIOPIEN

Public Services International fordert die sofortige Freilassung von Dr. Daniel Fentaneh und aller inhaftierter Kolleg*innen im Gesundheitswesen Äthiopiens. Ihnen wird vorgeworfen, einen Streik gegen die katastrophale Situation in den Krankenhäusern des Landes, gegen den Personalmangel und für angemessene Bezahlung organisiert zu haben. „Anstatt die Beschäftigten ins Visier zu nehmen, muss die äthiopische Regierung (...) in die öffentliche Gesundheit investieren (...) und die gerechten Forderungen (...) erfüllen“.

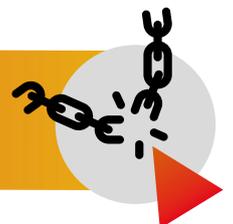
TÜRKEI

Die türkische Regierung hat Ende Juli einen geplanten Streik der Bergarbeiter im staatlichen Bergwerk Eti Maden per Dekret faktisch verboten. Die Regierung behauptet, der Arbeitskampf habe die nationale Sicherheit bedroht. IndustriAll Global Union verurteilt diesen Angriff auf die Gewerkschaftsrechte und fordert die türkische Regierung auf, das Dekret aufzuheben. In der Türkei sind wiederholt Streiks in Schlüsselsektoren der Wirtschaft untersagt worden, was unter anderem von der Internationalen Arbeitsorganisation kritisiert wurde.

INDUSTRIALL EUROPE

Der 4. Kongress von IndustriAll Europe tagte im Juni in Budapest. Er verabschiedete eine Dringlichkeitserklärung, in der es heißt: „Wir stehen solidarisch hinter unseren Mitgliedsorganisationen in allen Ländern und unterstützen sie, (...) wo die Rechte der Arbeitnehmer eingeschränkt werden, wo Gewerkschaften die Arbeit erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird (...). Diese Aussagen gelten insbesondere für Ungarn, das Gastgeberland unseres Kongresses (...). Das Land hat eines der arbeitgeberfreundlichsten Arbeitsgesetze, ein Streikgesetz, das Streiks erschwert oder unmöglich macht, und es gibt praktisch keine wesentlichen Sanktionen für Verstöße von Arbeitgebern, was die Einschüchterung am Arbeitsplatz verstärkt. Die Mitgliedsorganisationen von IndustriAll Europe stehen geschlossen hinter den ungarischen Gewerkschaften und fordern: die Wiederherstellung des Streik- und Versammlungsrechts (...) und die uneingeschränkte Achtung des Rechts der Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit durch die Arbeitgeber.“

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





IRAN

TODESURTEIL GEGEN GEWERKSCHAFTERIN

AKUTE HINRICHTUNGSGEFAHR – NEUE BRIEF-AKTION VON AMNESTY

Der iranischen Gewerkschafterin, Arbeitsrechtlerin und Feministin Sharifeh Mohammadi droht die Hinrichtung – allein, weil sie sich friedlich für Frauenrechte und die Rechte von Arbeiter*innen eingesetzt hat. Am 16. August 2025 bestätigte das Oberste Gericht das zweite Todesurteil gegen sie wegen angeblicher „bewaffneter Rebellion gegen den Staat“. In Wahrheit erging der Schuldspruch ausschließlich wegen ihres friedlichen Engagements für den Aufbau von Gewerkschaften sowie für die Menschenrechte, darunter die Unterstützung von Frauen und Arbeitnehmer*innenrechten.



Sharifeh Mohammadi: erneut zum Tode verurteilt

Nach der Festnahme war Sharifeh Mohammadi in einer Haftanstalt des Geheimdienstministeriums in Sanandaj mit verbundenen Augen gefoltert und misshandelt worden, um von ihr ein „Geständnis“ zu erzwingen.

Seit Jahren war Mohammadi in der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung aktiv, organisierte Kolleg*innen, machte auf prekäre Arbeitsbedingungen aufmerksam und verband den Einsatz für soziale Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen Diskriminierung von Frauen.

Damit steht sie exemplarisch für viele Gewerkschafter*innen weltweit, die für Mitbestimmung, Tarifrechte und würdige Arbeit eintreten – und dafür verfolgt werden. Ihr Fall steht zugleich im Kontext einer dramatischen Zunahme von Hinrichtungen: Im Iran wurden 2024 mindestens 972 Menschen exekutiert, 14 % mehr als 2023. Das Todesurteil gegen Sharifeh Mohammadi verstärkt die Befürchtung, dass weitere politisch motivierte Anklagen mit der Todesstrafe enden könnten. **Amnesty International ruft zur weltweiten Solidarität auf.**

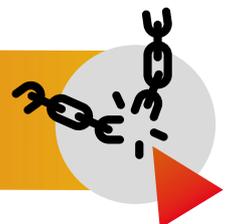
Gewerkschaften weltweit müssen ihre Stimme erheben: Ein Angriff auf Sharifeh ist ein Angriff auf die gewerkschaftliche Freiheit. Internationale Solidarität kann ihr Leben retten. Bitte macht mit und fordert die iranischen Behörden auf, alle Pläne zur Hinrichtung zu stoppen und Sharifeh Mohammadi freizulassen!

HIER GEHT'S ZUR BRIEF-AKTION:

[www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/
iran-sharifeh-mohammadi-august-2025-2025-07-25](http://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/iran-sharifeh-mohammadi-august-2025-2025-07-25)

EVIN-GEFÄNGNIS BOMBARDIERT

Am 23. Juni 2025 bombardierte das israelische Militär das berüchtigte Evin-Gefängnis in Teheran. Dutzende Gefangene starben, viele wurden verletzt, Hunderte gelten als vermisst. Unter den Inhaftierten befanden sich zahlreiche politische Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen. Bis heute ist unklar, wo viele von ihnen geblieben sind. Amnesty International spricht von einem möglichen Kriegsverbrechen und fordert eine unabhängige Untersuchung.





ANGRIFFE AUF JOURNALIST*INNEN

MEHR ALS 200 MEDIENSCHAFFENDE GETÖTET

Am 20. Juli berichtete die Palästinensische Journalistenunion vom Angriff einer Sicherheitseinheit der Hamas auf drei Journalisten in Khan Yunis. Khaled Shaat von der arabischen Nachrichtenagentur Kanaan, Mohammed Salama von Al Jazeera und Abdullah Al-Attar von Anadolu wurden dabei schwer verletzt. Der freie Journalist Omar Abd Rabou berichtete auf „X“, er sei von vermummten Männern, mutmaßlich Hamas, mit eisernen Stangen brutal zusammengeschlagen worden. „Mein Leben befindet sich in Gefahr“, schrieb er und appellierte, ihn zu schützen. „Dies ist mein letzter Hilferuf. Bevor es zu spät ist.“ Drei Tage davor hatten die Nachrichtenagenturen AFP, AP und Reuters sowie die BBC Israel aufgefordert, Journalist*innen die freie Ein- und Ausreise aus dem Gazastreifen zu ermöglichen. „Wir sind zutiefst besorgt um unsere Journalist*innen in Gaza, die zunehmend nicht mehr in der Lage sind, sich selbst und ihre Familien zu ernähren.“

Die Internationale Journalistenunion, die Gewerkschaft der Journalist*innen, veröffentlichte Ende Juli eine Liste mit Namen von 175 Journalist*innen, die durch die israelische Armee seit Beginn des Krieges, der inzwischen über 60.000 Menschenleben gefordert hat, in Gaza getötet wurden. Laut „Reporter ohne Grenzen“ wurden sogar mehr als 200 Medienschaffende durch israelische Militärs in Gaza getötet, mindestens 46 davon bei ihrer Arbeit. Am 11. August meldete Al Jazeera, die israelische Armee habe ein Pressezelt des Senders beschossen und dabei fünf Journalist*innen getötet, darunter ihren Korrespondenten Anas al-Scharif. Die israelische Armee bestätigte den Beschuss und behauptete, al-Scharif sei Aktivist der Hamas gewesen. Al Jazeera ist seit 2024 in Israel verboten.

Amnesty International fordert eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Tötungen von palästinensischen Journalist*innen, damit Gerechtigkeit und vollständige Entschädigung für ihre Familien erreicht werden kann.

DER KRIEG IN GAZA MUSS ENDEN!

Die Lage der Menschen in Gaza wird täglich schlimmer: Mit ihren Angriffen hat die israelische Armee zehntausende Zivilist*innen getötet. Hunger breitet sich aus. Bomben zerstören Krankenhäuser und Gesundheitsinfrastruktur.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, endlich Druck auf die israelische Regierung auszuüben! Die Menschen in Gaza müssen gerettet, der Krieg muss gestoppt werden – und zwar sofort!

HIER GEHT'S ZUR PETITION:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petitionen>

„ALL EYES ON GAZA“

KOMMT ZUR GROSSKUNDGEBUNG NACH BERLIN!

am Samstag, 27.09.2025, ab 17:00 Uhr
auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag

<https://www.amnesty.de/allgemein/termine/gaza-grosskundgebung-konzert-berlin-september-2025>



Amnesty-Aktion „Waffenstillstand jetzt“ vor dem Kanzleramt in Berlin am 18. Dezember 2023





ANGOLA

WER HIER STREIKT, RISKIERT LEBEN UND FREIHEIT!

BILANZ DER TAXI-STREIKS: 29 TOTE, ÜBER 1.200 FESTNAHMEN

Am 28. Juli 2025 rief die angolische Taxi-Vereinigung ANATA zu einem dreitägigen landesweiten Streik auf. Hintergrund war die drastische Erhöhung der Preise für Treibstoffe, die die Existenzgrundlage vieler Fahrer*innen zerstört und die soziale Krise im Land weiter verschärft. Der Streik war Ausdruck eines legitimen Kampfes für faire Arbeits- und Lebensbedingungen und für das Grundrecht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Antwort der Behörden fiel tödlich aus! Sicherheitskräfte erschossen mindestens 29 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt und über etwa 1.200 festgenommen. Zeug*innen und NGOs gehen von noch höheren Opferzahlen aus. Zugleich verurteilte Amnesty International den Einsatz scharfer Munition und forderte eine unabhängige Untersuchung. Statt Dialog setzte die Regierung auf Angst und Gewalt – ein Signal weit über die Taxi-Gewerkschaft hinaus. Damit wird deutlich: Wer in Angola für soziale Rechte streikt, setzt nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern auch sein Leben aufs Spiel.



Foto © privat

Der Aktivist Serrote José de Oliveira wurde am 28. Juli 2025 in Angola von unbekanntem Männern angeschossen.

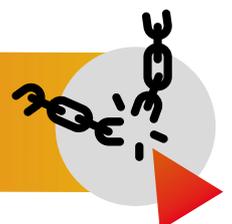
Gewerkschaften, die höhere Löhne, soziale Sicherheit und politische Teilhabe einfordern, werden mit Gewalt, Massenverhaftungen und Einschüchterung konfrontiert.

Amnesty International fordert die Behörden auf, das Recht auf friedliche Proteste und Streiks zu garantieren, exzessive Gewaltanwendung zu beenden und eine unabhängige, unparteiische Untersuchung der Tötungen und Verletzungen einzuleiten. Verantwortliche müssen in fairen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Opfer und ihre Familien haben Anspruch auf gerechte Entschädigung und die Regierung muss endlich Auskunft über den Verbleib der Inhaftierten geben.

URGENT ACTION FÜR DE OLIVEIRA!

Am ersten Streiktag, dem 28. Juli 2025, dokumentierte der Aktivist Serrote José de Oliveira per Livestream die Proteste. Dabei wurde er von mutmaßlich mit der Kriminalpolizei verbundenen Männern angeschossen, festgenommen und tagelang ohne Kontakt zu seiner Familie festgehalten. Bis heute ist er nicht angeklagt, seine Schussverletzung wird nicht angemessen medizinisch behandelt. Oliveira wollte den gewerkschaftlichen Kampf sichtbar machen – und wurde dafür zum Opfer staatlicher Gewalt. Amnesty International fordert mit einer Urgent Action seine sofortige Versorgung, den Zugang seiner Familie und seine Freilassung:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/angola-aktivist-ohne-medizinische-versorgung-inhaftiert-2025-08-11>





APULIEN

SKLAVENARBEIT IM URLAUBSPARADIES

ARBEIT OHNE RECHTE

In Borgo Mezzanone, einem der größten Elendsquartiere Europas in Apulien – einer Region, die für Strände, weiße Städte und mediterrane Urlaubsidylle bekannt ist – leben tausende Migrant*innen unter extrem prekären Bedingungen. Wenige Kilometer von Touristenzielen entfernt schuften sie als Tagelöhner*innen im mafiös organisierten Caporalato-System: lange Arbeitstage, Hungerlöhne, Abzüge für Unterkunft und Transport, keinerlei Absicherung. Wer sich wehrt oder organisiert, riskiert Gewalt oder den Verlust der Arbeit. Die Menschen werden wie Sklaven gehalten – abhängig und rechtlos.



Foto © Nicolò Lanfranchi / Amnesty Journal

Die Piste: Menschen in der informellen Siedlung auf einem ehemaligen Militärflughafen, Borgo Mezzanone, Oktober 2024

Besonders Frauen sind mehrfach betroffen: Menschenhandel, Freiheitsberaubung, sexuelle Ausbeutung, körperliche und psychische Gewalt greifen ineinander. Sie werden isoliert, in Wohnungen eingesperrt oder zur Prostitution gezwungen. Ohne Papiere oder Sprachkenntnisse sind sie fast vollständig von Hilfsangeboten abgeschnitten. Patriarchale Machtstrukturen und wirtschaftliche Ausbeutung verstärken sich gegenseitig und schaffen eine nahezu ausweglose Abhängigkeit. Hilfsorganisationen wie Intersos und Medtraining leisten medizinische Versorgung, Beratung und rechtliche Unterstützung.

Doch ohne gewerkschaftlichen Druck und politischen Willen bleiben ihre Möglichkeiten begrenzt. Aus gewerkschaftlicher Sicht steht Borgo Mezzanone für eine massive Verletzung von Arbeitnehmer*innenrechten mitten in der EU: fehlende Verträge, Lohnraub, gezielte Verhinderung von Organisation. Aus feministischer Sicht zeigt sich, dass der Kampf gegen patriarchale Gewalt untrennbar mit dem Einsatz für soziale und wirtschaftliche Rechte verbunden ist – und dass es grenzüberschreitende Solidarität von Menschenrechts-, Frauen- und Arbeiterbewegungen braucht.

Original erschienen im Amnesty Journal:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/italien-menschenhandel-apulien-borgo-mezzanone>

ARBEITEN OHNE RECHTE

Herkunftsländer: Somalia, Nigeria, Ghana, Bangladesch, Pakistan, Syrien; Frauen häufig aus Elfenbeinküste, Nigeria, Rumänien, Bulgarien, Marokko

Caporalato-System: mafiöse Vermittlung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft; bis zu 12 Stunden Arbeit, Löhne unter Mindeststandard, zusätzliche Abzüge

Betroffene: in ganz Italien rund 430.000 Menschen, davon ca. 100.000 in illegalen Siedlungen

Arbeits- und Lebensbedingungen: keine Verträge, beengte Unterkünfte ohne Wasser und Strom

Frauenanteil: nur etwa 10%, jedoch besonders stark von Mehrfachausbeutung betroffen

Folgen: Gewalt, Zwangsprostitution, fehlende medizinische Versorgung, keine rechtliche Absicherung

Quelle: Amnesty-Journal „Menschenhandel in Apulien: Überleben auf der Piste“

